

# 1 Brandenburg. Land zum Leben

## 2 Brandenburg im Wandel – Zukunftsperspektiven entwickeln

### 3 4 **Sozialer Wandel als Herausforderung**

5 Brandenburg ist ein Land im Wandel. Zwar sind heute viele Brandenburgerinnen und  
6 Brandenburger insgesamt zufriedener mit ihren Lebensbedingungen als noch vor zehn oder  
7 zwanzig Jahren, woran DIE LINKE in Brandenburg ihren Anteil hat. Doch Lebensformen  
8 verändern sich, gesellschaftliche Bindungen lösen sich auf. Gleichzeitig wächst die Bedeutung  
9 der Zivilgesellschaft. Die Selbstorganisation von Bürgerinnen und Bürgern sowie ihre aktive  
10 Mitwirkung werden zu wichtigen Faktoren der Demokratie. Weiterhin wandern Menschen ab.  
11 Dadurch verformt sich die demografische Struktur der Gesellschaft, vor allem in den  
12 ländlichen Regionen. Zugleich erleben wir eine anhaltende Zuwanderung von Menschen, die  
13 vor Krieg, Gewalt und Armut fliehen.

14 Wirtschaft und Arbeitswelt verändern sich grundlegend. Nicht immer lassen sich Familie und  
15 Beruf vereinbaren. Die Bedeutung von Bildung wächst, ebenso die soziale Ungleichheit.  
16 Gering Qualifizierte haben es immer schwerer, eine Erwerbstätigkeit zu finden. Aber nicht nur  
17 sie. Beschäftigungsverhältnisse sind zunehmend durch Befristungen und prekäre Strukturen  
18 gekennzeichnet. Während einige Regionen prosperieren, bleiben andere zurück. Immer mehr  
19 Menschen sind arm. Sie sind nicht mehr in der Lage, ein angemessenes Leben in Würde zu  
20 führen. Auch die Bedeutung von Mobilität und Kommunikation hat sich deutlich verstärkt.  
21 Pendlerströme müssen bewältigt, entferntere Regionen angebunden werden. Die Entwicklung  
22 der Kommunikations- und Informationstechniken schreitet rasant voran. Digitale  
23 Massenkommunikation wird immer mehr zu einem interaktiven Geschehen, Instrument der  
24 Partizipation und meinungsbildenden Faktor.

### 25 26 **Krise des Sozialstaates, Zunahme von Ungerechtigkeit**

27 Der Sozialstaat befindet sich in der Krise: die Reform der sozialen Sicherungssysteme ist in  
28 einer gigantischen Sozialkürzung zur Entlastung der Unternehmen und höheren Einkommen  
29 gemündet. An Stelle der im Grundgesetz verankerten Leitbegriffe „soziale Gerechtigkeit“ und  
30 „soziale Sicherheit“ sind soziale Spaltung und Konflikte getreten. Das betrifft auch das  
31 Verhältnis zwischen den Generationen. Das Gesundheitssystem ist unterfinanziert, in  
32 manchen Regionen fehlen Ärzte und geschultes Pflegepersonal.

33 Unsere Gesellschaft ist ungerechter geworden: Sozialverantwortung wird zunehmend auf die  
34 Benachteiligten umverteilt, vor allem berufstätige Frauen vermissen oft eine entsprechende  
35 öffentliche Infrastruktur und familienverträgliche Arbeitsplatzangebote. Alleinerziehende  
36 Eltern(teile), Menschen mit geringeren Bildungsabschlüssen und Migrantinnen und Migranten  
37 sind häufiger als andere von Armut betroffen. Noch immer gibt es Ungleichbehandlungen im  
38 Verhältnis von Ost- und Westdeutschen, etwa bei der Besetzung höherer Positionen im  
39 Öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft, oder bei den Löhnen und Renten.

40 Globalisierung und Europäisierung haben für die national geregelten Sozialstaaten völlig neue  
41 ökonomische, politische und rechtliche Herausforderungen mit sich gebracht. Arbeitsmärkte,  
42 Investitionen, Kommunikationen und Verkehr sind heute weltweit vernetzt. Auch Europa soll

43 und wird zusammenwachsen. Doch während die Freizügigkeit von Arbeitskräften, Waren,  
44 Dienstleistungen und Kapital sehr gründlich geregelt worden sind, gelten soziale Standards,  
45 Ansprüche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Organisation eines sozialen  
46 Ausgleichs in Europa noch immer als Stiefkinder. Die Hoffnungen und Ängste der Menschen  
47 müssen endlich ernst genommen werden! Politik kann den sozialen Wandel gestalten. Unser  
48 Ziel besteht in einer solidarischen und gerechten Gesellschaft mit einer lebendigen  
49 Demokratie! Armut und Ungleichheit, egal wo wir sie antreffen, sind nicht unabwendbar. DIE  
50 LINKE kann dazu beitragen, soziale Standards zu wahren und zu erneuern, den sozialen  
51 Ausgleich zu organisieren und Lebenschancen für alle zu gewährleisten. Das gilt weltweit, für  
52 Europa, für Deutschland und für Brandenburg!

53

#### 54 **Unsere Vision für das Land Brandenburg**

55 In Brandenburg stehen wir LINKEN für eine Politik, die die Interessen der unterschiedlichen  
56 Regionen zusammenbindet, die sich für die bestmögliche Bildung und Ausbildung für alle  
57 einsetzt, die Armut bekämpft und soziale Teilhabe ermöglicht, die gute Arbeit sichert und  
58 Erwerbsarbeit schafft, die den sozial-ökologischen Wandel gestaltet, individuelle  
59 Lebensperspektiven für die Brandenburgerinnen und Brandenburger öffnet und sie zur  
60 politischen Mitwirkung einlädt. Wir werden mit allen zusammenwirken, denen es auch um das  
61 Ganze geht, um eine Veränderung in unserem Land.

62 *Wir wollen ein soziales, ein solidarisches, ein weltoffenes, ein gerechtes Land Brandenburg*  
63 *sein, welches die Herausforderungen der Zukunft mit Vernunft und Entschlossenheit annimmt.*

64 Das erfordert einen neuen Stil der Auseinandersetzung. Wir wollen Lösungen entwickeln,  
65 gemeinsam mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern. Dabei bringen wir als LINKE  
66 unsere Werte ein und werden sie mit neuem Leben erfüllen. Wir verstehen uns als  
67 verlässliche Ansprech- und Dialogpartnerin für zivilgesellschaftliche Gruppen und Initiativen,  
68 auch wenn wir uns im Einzelfall nicht jedes Anliegen zu Eigen machen können und wollen. Wie  
69 eine Gesellschaft mit den Benachteiligten umgeht, sagt viel darüber aus, wohin sie sich  
70 entwickelt. Humanität, Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität – das sind Werte, für die wir  
71 kämpfen, in allen Lebensbereichen. Wir wollen ein Land, in dem niemand Angst haben muss.  
72 Durch die vermehrte Zuwanderung aufgrund steigender Flüchtlingszahlen entstehen Chancen  
73 für unser Land. Es muss gelingen, die neuen Einwohnerinnen und Einwohner in die  
74 Gemeinschaft zu integrieren. Werte wie Solidarität, Toleranz und Weltoffenheit müssen noch  
75 stärker als bisher identitätsbildend für Brandenburg werden. Das kann nur gelingen, wenn wir  
76 solidarisch um unsere Vision für ein Brandenburg der Teilhabe, der Demokratie und der  
77 sozialen Gerechtigkeit streiten. Dieses Land braucht mehr Mut zur Vision und mehr Mut zur  
78 umstrittenen Forderung.

79 Lasst uns Zukunftsdebatten weiterführen und politisch umzusetzen, nicht nur in Sitzungs- und  
80 Plenarsälen sondern auch außerhalb. Wir sind nicht allwissend aber wir wissen, dass wir nur  
81 im Dialog mit den Menschen die richtigen Lösungen finden können. Um unsere Vision von  
82 Brandenburg zu verwirklichen, bekennen wir uns zu folgenden Grundsätzen und Zielen:

- 83 • eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung zur Schaffung von guten Lebens- und  
84 Arbeitsverhältnissen jenseits von Armut und Ausbeutung in allen Regionen unseres  
85 Landes
- 86 • Eine konsequente Energiewende, weg von konventionellen hin zu regenerativen  
87 Energieträgern, einschließlich des Verzichts auf jeglichen Neuaufschluss von  
88 Kohletagebauen sowie auf die Errichtung von CO<sub>2</sub>-Speicherstätten.

- 89 • eine auskömmliche Kommunalfinanzierung, die alle Städte und Gemeinden als  
90 lebenswerte Orte sichert, sowie ein öffentlicher Verkehr, der alle Regionen abdeckt,  
91 so dass Dienstleistungen und Kultur für alle voll zugänglich sind
- 92 • eine qualitativ gute Bildung für alle Generationen sowie die Förderung von sozial  
93 benachteiligten Kindern und Jugendlichen durch kostenlose Angebote und vielfältige  
94 Unterstützung
- 95 • vollumfassende medizinische Leistungen und eine umfassende Versorgung mit Ärzten,  
96 auch in den entferntesten Regionen unseres Landes, sowie die Bekämpfung des  
97 Pflegenotstandes
- 98 • die Sicherung des öffentlichen Eigentums auf allen Ebenen und damit der Widerstand  
99 gegen Privatisierungsbestrebungen insbesondere im Bereich der öffentlichen  
100 Daseinsvorsorge
- 101 • eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen, egal welcher Herkunft, ob behindert  
102 oder nicht und welcher Religion oder Lebensweise gleichberechtigt und frei von  
103 Gewalttaten, Kränkungen oder Ausgrenzungen am öffentlichen Leben teilhaben  
104 können
- 105 • Geschlechtergerechtigkeit im Querschnitt aller politischen Themen und  
106 gesellschaftlichen Aktivitäten sowie die Akzeptanz der Vielfalt verschiedener  
107 Lebensentwürfe und sexueller Identitäten.
- 108 • demokratische Beteiligungsmöglichkeiten für alle Einwohnerinnen und Einwohner  
109 durch Ausbau direkter Verfahren, wie Bürgerbegehren oder Volksentscheide.

110

## 111 **Unsere Prioritäten - Sozial, gerecht, demokratisch und** 112 **ökologisch**

113

114 Mit der Regierungsbeteiligung 2009 ist LINKE Politik in Brandenburg in eine neue Phase  
115 eingetreten, denn dadurch haben sich unsere politischen Gestaltungsmöglichkeiten  
116 verbessert. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Die Rahmenbedingungen unseres  
117 Regierungshandelns werden bis 2019 durch den Koalitionsvertrag mit der brandenburgischen  
118 SPD abgesteckt. Wir wollen diese Zeit nutzen, um das Fundament für ein Land  
119 weiterzuentwickeln, in dem die Jungen langfristig planen und Familien gründen, alle  
120 Menschen von ihrer Arbeit gut leben und die Älteren in Würde ihren Lebensabend genießen  
121 können. Lebensqualität darf nicht davon abhängen, wo jemand lebt oder arbeitet. Unsere  
122 politischen Schwerpunkte werden in den Bereichen Bildung, Arbeit und Daseinsvorsorge  
123 sowie im Ausbau der Bürgerbeteiligung und einer Willkommenskultur liegen.

124

### 125 **1. Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung**

#### 126 **Gute Kinderbetreuung von Anfang an**

127 DIE LINKE Brandenburg steht für das Recht auf gute Bildung von den ersten Lebensjahren bis  
128 ins hohe Alter. Als Bestandteil der individuellen Bildungsbiografie liegen uns die frühkindliche  
129 Bildung und damit eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung besonders am Herzen.

130 Brandenburg muss sich im Kita-Bereich nicht verstecken, kann aber noch besser werden. Für  
131 den bestmöglichen Start der jungen Menschen in unserem Land sehen wir vier Maßnahmen  
132 als besonders wichtig an:

- 133 • Wichtig für qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist neben gut ausgebildeten  
134 Erzieherinnen und Erziehern die Gruppengröße. Trotz der von Rot-Rot beschlossenen  
135 Verbesserungen können wir noch nicht zufrieden sein. Das reelle  
136 Betreuungsverhältnis ist aufgrund von langen Betreuungszeiten oder erkranktem  
137 Personal nicht immer auf dem erforderlichen Standard. Hier gilt es, jeden finanziellen  
138 Spielraum zu nutzen. Wir wollen ab 2017 einen verbesserten Betreuungsschlüssel für  
139 die 3–6jährigen, den Ausbau der Sprachförderung in den Kitas sowie eine  
140 Verbesserung der Ausbildung für Kita-Erzieherinnen und -Erzieher. Die bessere  
141 Freistellung der Leiterinnen und Leiter bleibt unser Ziel.
- 142 • Wir wollen mehr Beteiligung im Kita-Bereich schaffen. Auf unsere Initiative hin wurde  
143 der Landeselternbeirat bereits im Kita-Gesetz verankert, ebenso fordern wir  
144 Kreiselternbeiräte. DIE LINKE Brandenburg wird daher überall auf die Einrichtung  
145 dieser Beiräte drängen und so den Eltern die Chance für Mitwirkung und Beteiligung  
146 ermöglichen.
- 147 • Wir wollen mehr Transparenz in der Ausgestaltung von Kita-Beiträgen. Zahlreiche  
148 Bürgerinitiativen beschwerten sich zu Recht über die enormen Unterschiede bei den  
149 Beiträgen im Land oder über eine intransparente Festlegung der Essengelder. Dieses  
150 Anliegen wollen wir aufgreifen, indem wir mit einer Mustersatzung und klareren  
151 Regeln im Kita-Gesetz für mehr Transparenz sorgen sowie eine Angleichung der  
152 Beiträge durchsetzen.
- 153 • LINKE Politik will Eltern finanziell entlasten. Daher wollen wir die Beitragsfreiheit für  
154 Kitas. Bildung muss aus Sicht der LINKEN grundsätzlich kostenfrei sein, auch die  
155 Kitas. Bis zum Ende der Wahlperiode 2019 wollen wir unter Nutzung der Mittel aus  
156 dem Betreuungsgeld den Einstieg in die elternbeitragsfreie Kindertagesbetreuung  
157 erreichen.

158

### 159 **Längeres gemeinsames Lernen**

160 DIE LINKE Brandenburg steht für längeres gemeinsames Lernen. Das mehrgliedrige  
161 Schulsystem und die damit verbundene vorzeitige Trennung von Kindern muss überwunden  
162 werden, um allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Bildungschancen zu sichern. Jedes  
163 Kind hat das Recht auf gute Bildung, unabhängig von seiner Herkunft, dem Wohnort, dem  
164 Geldbeutel der Eltern und seiner individuellen Voraussetzungen.

165 Die Entwicklung sozialer Kompetenzen, das Gefühl eines solidarischen Miteinanders, die  
166 Förderung von Kindern in ihrer Unterschiedlichkeit in einer Schule, die alle Bildungsgänge  
167 ermöglicht, gelingt am besten in Gemeinschaftsschulen. In diesen Schulen lernen die Kinder  
168 und Jugendlichen von der 1. bis zur 10. bzw. bis zur 13. Klasse. Außerdem kann die  
169 Gemeinschaftsschule eine Möglichkeit sein, Schulstandorte – gerade im ländlichen Raum – zu  
170 erhalten. Sie ist damit ein Erfordernis des demografischen Wandels, den wir gestalten wollen.

171 Wir werden den intensiven Dialog über unser Konzept „Längeres gemeinsames Lernen –  
172 Wege zur Gemeinschaftsschule in Brandenburg“ (Juni 2015) mit den Lehrkräften, Eltern,  
173 Schülerinnen und Schülern sowie Schulträgern führen. Unser Projekt soll „von unten“  
174 wachsen und nicht „von oben“ verordnet werden. Wenn sich Schulen auf den Weg zur  
175 Gemeinschaftsschule machen, dann werden wir sie in ihrem Umwandlungsprozess

176 unterstützen und dauerhaft zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen bereitstellen.  
177 Gleichzeitig werden wir im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms zielgerichtet  
178 Mittel für entsprechende Baumaßnahmen zur Verfügung stellen.

179

### 180 **Berufliche Aus- und Weiterbildung stärker fördern**

181 Die berufliche Bildung steht nach unserer Überzeugung allen Jugendlichen als Grundrecht zu.  
182 Diese Aufgabe muss in allen Regionen Brandenburgs verlässlich abgesichert werden. Eine an  
183 den Schulen gut organisierte und frühzeitige Berufs- und Studienorientierung sowie ein  
184 deutlicher Praxisbezug bilden dafür eine wesentliche Grundlage. Wir werden in Brandenburg  
185 eine Berufsausbildung mit Abitur an den Oberstufenzentren umsetzen. Standorte und Qualität  
186 von Oberstufenzentren und Berufsschulen werden wir sichern.

187 Für die Fachkräftesicherung und zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit sind die Übergänge  
188 von der Schule in den Beruf bzw. in die Ausbildung zu verbessern. Um den Übergang von der  
189 Schule in die Ausbildung zu erleichtern sind Strukturen und Maßnahmen zu verbessern bzw.  
190 neu zu schaffen, wie zum Beispiel: Weiterentwicklung des bisherigen Ausbildungspaktes zur  
191 Allianz für Aus- und Weiterbildung; fortgesetzte Förderung der Inklusion junger Menschen mit  
192 Behinderungen; stärkere Nutzung des Sozialfonds zur Finanzierung weiterer Maßnahmen.  
193 Hierbei ist darauf zu achten, dass die Berufsausbildung mit den Anforderungen des  
194 technologischen Wandels Schritt hält.

195 Der Wandel der Arbeitswelt erfordert es, dass alle Partner gemeinsame Anstrengungen  
196 unternehmen, die Menschen gesund, motiviert und qualifiziert bis zum Renteneintrittsalter  
197 arbeiten zu lassen. Das erfordert rechtzeitig und umfassend Bildungserfordernisse abzuleiten  
198 und umzusetzen. Angesichts der fortschreitenden technologischen und  
199 gesamtgesellschaftlichen Entwicklung ist eine kontinuierliche Weiterbildung so wichtig wie  
200 nie zuvor.

201

### 202 **Transparenz, Offenheit und Gerechtigkeit an den Hochschulen**

203 Im Bereich der Hochschulbildung steht DIE LINKE für Offenheit, Transparenz und mehr  
204 Gerechtigkeit. Wir wollen soziale Hürden weder beim Zugang zum Studium, noch während des  
205 Studiums. Egal ob Studierende neben dem Studium einer Erwerbstätigkeit nachgehen, eine  
206 Familie gründen oder sich ehrenamtlich engagieren: sie alle müssen die notwendigen  
207 Freiräume erhalten. Insbesondere schätzen wir hierbei das tägliche Engagement der beiden  
208 Studentenwerke des Landes Brandenburg und werden dieses auch weiter unterstützen. An  
209 der Forderung nach der Abschaffung der Immatrikulations- und Rückmeldegebühr halten wir  
210 fest. Wir setzen uns für die öffentliche Ausfinanzierung der Hochschulen, insbesondere zur  
211 Verbesserung der Lern- und Lehrbedingungen ein. Ein Studium in Brandenburg muss für  
212 Studierende sozial durchlässig, nachvollziehbar strukturiert und an individuellen Bedürfnissen  
213 orientiert sein, vom Studieninteresse bis zum Bachelor, Master oder zur Promotion. Eine  
214 Grundvoraussetzung für die Gestaltung eines solchen Studiums ist für uns die Schaffung  
215 paritätischer, also zahlenmäßig gleichberechtigter, Mitbestimmung aller Statusgruppen in den  
216 akademischen Selbstverwaltungsgremien der Hochschulen.

217 DIE LINKE setzt sich für die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse an den  
218 Hochschulen ein. Das Prinzip „Gute Arbeit“ muss für alle gelten, auch für Privatdozentinnen,  
219 Lehrbeauftragte und studentische Hilfskräfte. Ausbeutungsverhältnisse im akademischen  
220 Bereich dürfen nicht länger beschönigt werden, weder in Brandenburg noch bundesweit. Es  
221 gilt sie abzuschaffen. Das Hochschulgesetz muss den Rahmen für eine sichere Planung der

222 Lebensentwürfe aller Hochschulbeschäftigten ermöglichen. Außerdem ist ein Tarifvertrag für  
223 studentisch Beschäftigte dringend erforderlich. Wir unterstützen alle diesbezüglichen  
224 Aktivitäten.

225

### 226 **Teilhabe durch lebenslanges Lernen stärken**

227 DIE LINKE. Brandenburg will den Zugang zum lebenslangen Lernen für alle Menschen im Land  
228 sichern. Mehr als drei Viertel von ihnen sind als Erwachsene auf leistungsfähige  
229 Weiterbildungsstrukturen angewiesen.

230 Als größte aktuelle Herausforderung sind integrative Bildungsangebote zu meistern. Sie  
231 reichen von der Sprachförderung über berufliche Qualifizierungen bis hin zu kulturellen und  
232 politischen Veranstaltungen. Neben Deutsch-Kursen wird der Erwerb interkultureller  
233 Kompetenzen zunehmend in den Fokus rücken, und zwar für alle in Brandenburg lebenden  
234 Menschen.

235 Lebenslanges Lernen ist eine Frage der Daseinsvorsorge. Durch die Sicherung öffentlich  
236 geförderter Angebote in der Fläche, vor allem der Volkshochschulen, stellt DIE LINKE  
237 Weichen für gesellschaftliche Teilhabe. Permanente Veränderungen der Gesellschaft  
238 verlangen ein ständiges Dazulernen im Privaten, in der Gemeinschaft und im Beruf. DIE LINKE  
239 fixiert sich nicht auf wirtschaftliche Verwertbarkeit. Sie engagiert sich auch für bezahlbare  
240 politische und kulturelle Bildungsangebote, für Familienbildung sowie Ehrenamtsseminare als  
241 Indikatoren von Lebensqualität.

242

## 243 **2. Gute Arbeit und nachhaltige Wirtschaft**

### 244 **Wirtschaft: nachhaltig und sozial denken**

245 Seit unserem Eintritt in die Landesregierung 2009 haben wir viel getan, um dem  
246 Strukturwandel eine politische Richtung zu geben. Soziale Verantwortung, technologische  
247 Erneuerung und nachhaltige Entwicklung waren dabei die entscheidenden Kriterien. Dabei  
248 haben wir stets lange Zeiträume im Blick gehabt, denn nur so sind stabile soziale und  
249 ökonomische Standards zu setzen und zu erhalten. Doch stabile Wirtschaftsdaten haben  
250 nicht automatisch zu guter Arbeit geführt. Im Gegenteil: Wir sehen, dass prekäre  
251 Beschäftigungen immer mehr um sich greifen und die Lage für viele Menschen problematisch  
252 ist. Mehr als 190.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger suchen einen Job oder einen  
253 besseren Job. Seit 2009 sind zwar rund 15.000 Menschen mehr in Arbeit gekommen, das  
254 Volumen der geleisteten Arbeitsstunden ist aber nicht angewachsen. Knapp 22.000  
255 sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen sind weggefallen, dafür sind massenhaft  
256 Teilzeitstellen und Leiharbeit entstanden. Rund die Hälfte der Teilzeitbeschäftigten ist auf der  
257 Suche nach einer Vollzeitstelle. Die Leiharbeit ist seit 2009 um mehr als 40 Prozent  
258 gestiegen. Die Zahl der Menschen mit Minijobs liegt trotz leichten Rückgangs immer noch bei  
259 mehr als 100.000 Personen. Zudem ist die Anzahl der Beschäftigten mit befristeten Verträgen  
260 um rund 40 Prozent gestiegen. Das Lohnniveau in Brandenburg entspricht nur rund 80  
261 Prozent des Westniveaus, die Lohnentwicklung bleibt in vielen Wirtschaftsbereichen hinter  
262 der Entwicklung der westdeutschen Länder zurück. Zwar ist die Bruttowertschöpfung in  
263 Brandenburg seit 2009 um knapp 16 Prozent gestiegen, die Löhne der Beschäftigten aber  
264 halten damit nicht Schritt, es erfolgt eine Umverteilung von Arbeit in Kapital. Hier muss LINKE  
265 Politik ansetzen. Wir werden substanzielle Verbesserungen auf Bundesebene einfordern und  
266 alles tun, was auf Landesebene möglich ist, um diese Entwicklung zu stoppen. Brandenburgs  
267 Wirtschaft zeichnet sich heute durch Innovation und Stabilität aus. Auch in Brandenburg geht  
268 es darum, sich aktiv der Digitalisierung von Produktion, Entwicklung und Dienstleistungen,  
269 der Verkürzung von Produktionszyklen sowie dem Aufkommen neuer Tätigkeiten zu stellen.

270 Wirtschaft und Erwerbsarbeit in Stadt und Land befinden sich im Umbruch. Wir werden dem  
271 Rechnung tragen und vor allem darauf achten, Beschäftigung zu sichern oder zu schaffen.  
272 Zugleich gilt es, soziale Standards und demokratische Beteiligungsmöglichkeiten der  
273 Beschäftigten wiederherzustellen, zu sichern und auszubauen. Wir wollen eine Wirtschaft, die  
274 Schritt für Schritt auf einen sozial-ökologischen Entwicklungspfad einschwenkt und dadurch  
275 innovativ, stabil und handlungsfähig bleibt.

276 Dies gilt auch für die Landwirtschaft, in der soziale und ökologische Standards umfassend zu  
277 beachten sind. Die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln  
278 bietet nach Ansicht der LINKEN mehr Perspektiven und mehr Versorgungssicherheit, als eine  
279 einseitig auf Agrarexporte ausgerichtete Produktion. Umwelt- und Tierschutz eröffnen neue  
280 Chancen für Agrarbetriebe und schaffen neue Arbeitsplätze, nicht nur im Ökolandbau. Die  
281 Ziele des Volksbegehrens gegen "Massentierhaltung" unterstützen wir, auch wenn für uns  
282 Tierwohl nicht nur eine Frage der Quantität sondern vor allem der Qualität sowie der  
283 Haltungsbedingungen ist. Auf Bundesebene fordern wir eine Deckelung der Tierbestände am  
284 Standort und in Regionen. Das Ziel einer nachhaltigen Landwirtschaft ist nur gemeinsam mit  
285 den Produzent\*innen, der Bevölkerung in den ländlichen Räumen und den Verbraucher\*innen  
286 erreichbar. Der Zugang zum Boden muss für ortsansässige Landwirtschaftsbetriebe gesichert  
287 und das Bodeneigentum breit gestreut bleiben. Bodenerwerb durch landwirtschaftsfremdes  
288 Kapital muss verhindert werden. Das gilt auch für indirekten Erwerb durch Anteilskäufe bei  
289 Agrarunternehmen, für den eine Genehmigungspflicht eingeführt werden soll. Wir wollen  
290 lebendige ländliche Räume! Daher gilt es, eine wirkliche Allianz zwischen der Landwirtschaft,  
291 den Menschen in den Dörfern und kleinen Städten sowie den Verbraucherinnen und  
292 Verbrauchern zu entwickeln.

293 Wir übersehen nicht, dass Brandenburg eine kleinteilige Wirtschaftsstruktur hat. Doch wir  
294 werden die damit verbundenen Chancen ergreifen, indem wir auf ihrer Einbindung in die  
295 europäische Wirtschafts- und Sozialentwicklung, auf die Vernetzung von Wissenschaft und  
296 Produktion sowie auf die Förderung innovativer Neugründungen setzen. Die Substanzpflege  
297 bestehender Unternehmen sowie die Unterstützung bei Unternehmensnachfolgen wollen wir  
298 stärken. Dabei geht es ums auch um neue Beteiligungsmodelle für die Mitarbeiterinnen und  
299 Mitarbeiter. Förderungen sollen auch weiter an die Kriterien „Guter Arbeit“ und nachhaltiger  
300 Entwicklung gebunden bleiben und möglichst ausbauen. Brandenburg soll bei der Entwicklung  
301 des Mindestlohns eine Vorreiterrolle spielen. Wir setzen uns für die zügige Umsetzung der  
302 Empfehlung der Mindestlohnkommission ein und bekräftigen unsere Auffassung, dass der  
303 Mindestlohn im Vergabegesetz noch in dieser Legislaturperiode auf 10 Euro pro Stunde  
304 steigen soll. Wir wollen prekären Arbeitsverhältnissen entgegentreten und sind offen für die  
305 Suche nach wirtschaftlich und sozial vernünftigen Lösungen. Als Demokraten werden wir  
306 unsere Entscheidungen stets im Dialog mit den Sozialpartnern entwickeln und der Kritik  
307 aussetzen.

308

### 309 **Beschäftigung stärken, Langzeiterwerbslosigkeit bekämpfen**

310

311 Die Herausforderungen des sozialen Wandels sowie die neuen Qualifikationsanforderungen  
312 im Beschäftigungssektor erfordern eine aktive und inklusive Arbeitsmarktpolitik, die alle  
313 Generationen im Blick behält, Menschen unterschiedlicher Herkunft und Voraussetzung  
314 integriert und gleichzeitig den Fachkräftebedarf in Brandenburg abdecken hilft. Dabei werden  
315 wir uns dafür einsetzen, jungen Erwachsenen den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern,  
316 Behinderte zu integrieren sowie Flüchtlinge sprachlich zu fördern und qualifikationsadäquat

317 zu beschäftigen. Die Anerkennung von Qualifikationen muss entbürokratisiert und  
318 beschleunigt werden. Das mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg vereinbarte  
319 Arbeitsmarktprogramm soll aktiv umgesetzt werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die  
320 Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltung als Arbeitgeber gestärkt wird, u.a. bei der  
321 Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund sowie durch den Ausbau dauerhaft  
322 sicherer Beschäftigungsverhältnisse.

323 Die zukünftige digitale Arbeitswelt muss sich an einem Leitbild Guter Arbeit ausrichten. Zum  
324 einen geht es darum, bestehende soziale Regulierung aus der analogen in die digitale  
325 Arbeitswelt zu übertragen, zum anderen müssen neue Formen sozialer Sicherheit, Beteiligung  
326 und Mitbestimmung gefunden werden. Gute Arbeit ist menschengerecht gestaltete  
327 Erwerbsarbeit. Die Technik muss dem Menschen dienen und nicht umgekehrt.

328 Eine besondere Herausforderung stellt die Wiedereingliederung der Langzeitarbeitslosen dar,  
329 die gegenwärtig etwa 44 Prozent der Erwerbslosen in Brandenburg ausmachen.  
330 Langzeitarbeitslosigkeit ist ein tief greifendes Problem in unserem Land, welches mit dem  
331 Menschenbild, dem Gerechtigkeitsempfinden und dem solidarischen Ansatz der LINKEN  
332 zutiefst kollidiert. Wir dürfen nicht zulassen, dass dieses unwürdige Phänomen aus dem  
333 öffentlichen Bewusstsein verdrängt wird. Wir müssen stets Wege finden, Menschen in gute  
334 Erwerbsarbeit zu bringen. Langzeitarbeitslose dürfen von der anhaltenden positiven  
335 Entwicklung auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt nicht abgekoppelt werden. Ihre Integration  
336 erfordert spezifische Maßnahmen und innovative Ansätze. Soziale Unternehmen  
337 (Sozialbetriebe) sind ein solcher Ansatz. Sie zeigen, dass es besser ist, Arbeit statt  
338 Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Indem sie Langzeitarbeitslose einstellen und in reguläre  
339 Beschäftigung vermitteln, kann mit ihrer Hilfe deren langfristige, kontinuierliche und  
340 wirtschaftsnahe Integration ermöglicht werden. Dies soll durch eine Bündelung der Mittel  
341 finanziert werden. Als LINKE setzen wir uns bei den Landkreisen und kreisfreien Städten dafür  
342 ein, kommunale Aufträge an Sozialbetriebe zu vergeben. Den Bund fordern wir auf, die Dauer  
343 der Arbeitsförderung durch Sozialbetriebe über 24 Monate hinaus zu verlängern.

344 Wir erwarten, dass die Bundesregierung ihre Aufgabe zur Bekämpfung der  
345 Langzeitarbeitslosigkeit besser wahrnimmt. Der Eingliederungstitel muss wieder erhöht  
346 werden und es muss mehr Verlässlichkeit und Langfristigkeit bei der Sicherung und  
347 Ausgestaltung der Förderinstrumente geben. Die Finanzierung von Eingliederungs- und  
348 Weiterbildungsmaßnahmen muss gesichert und ausgebaut werden. Auch nicht  
349 Leistungsempfangende sind dabei zu berücksichtigen.

350

### 351 **3. Wandel sozial gestalten – Daseinsvorsorge verbessern**

#### 352 **Sozialen Wohnungsbau stärken**

353 Die Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg stellt das Land auch in der Wohnungsfrage vor  
354 besondere Herausforderungen. Wir müssen den Wegzug von Mietern mit geringeren  
355 Einkommen aus den städtischen Zentren stoppen, ebenso die allmähliche Verdrängung von  
356 günstigen Wohnungen durch Luxusapartements. DIE LINKEN stellen sich der sozialen  
357 Spaltung genauso entgegen wie der Separierung von Stadtgebieten nach Einkommen. In  
358 Brandenburg muss Miete bezahlbar sein, auch in den Innenstädten. Wenn in manchen  
359 Regionen über den Abriss von Wohnraum gesprochen wird, soll auch berücksichtigt werden,  
360 dass wir in anderen Regionen dringend Wohnungsneubau benötigen. Dieser Realität stellen  
361 wir uns, indem wir indem wir ausreichend barrierefreien Wohnraum für alle Generationen zur



362 Verfügung stellen wollen und die Forderung nach einem Sozialwohnungsbauprogramm für die  
363 nächsten Landes- und Bundeshaushalte erheben.

364

### 365 **Privatisierung stoppen**

366 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Privatisierung von öffentlichem Eigentum der falsche  
367 Weg ist, um den Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge zu sichern. Wir unterstützen die  
368 Bestrebungen der Kommunen, privatisierte Unternehmen zu rekommunalisieren. Stabile  
369 öffentliche Unternehmen sorgen für die Stärkung der regionalen Wirtschaft und sichern  
370 Arbeitsplätze vor Ort. Wir wollen für eine Änderung der Landes- und Kommunalverfassung  
371 werben, um die Privatisierung von öffentlicher Daseinsvorsorge mit besonderer  
372 gesellschaftlicher Relevanz nur durch Bürger- und Volksentscheide möglich zu machen. Damit  
373 setzen wir ein deutliches Signal für die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und  
374 können ebenso etwas für ein wirtschaftlich starkes Brandenburg tun. Wir unterstützen den  
375 Widerstand gegen Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA.

376

### 377 **Öffentlichen Personennahverkehr sichern**

378 Die Sicherung und der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ist in einem  
379 Flächenland wie Brandenburg eine wichtige Voraussetzung für Mobilität sowie regionale  
380 Chancengerechtigkeit. Wir werden dafür eintreten, dass die Bundesregierung die dafür  
381 notwendigen Regionalisierungsmittel dynamisiert und langfristig sichert. Brandenburg darf  
382 durch den Bund nicht vom Fernverkehr abgehängt werden. Auch die Kernnetze bei Bus und  
383 Bahn müssen abgesichert und vor weiterer Ausdünnung geschützt werden. Zuwachsende  
384 finanzielle Spielräume sollten dafür genutzt werden, S-Bahn-Anbindungen zwischen Berlin und  
385 Brandenburg zu erweitern, um die anwachsenden Pendlerströme zwischen Berlin und seinem  
386 Umland zu bewältigen. Ebenso wollen wir uns für einen leistungsfähigen und  
387 bedarfsgerechten Regionalverkehr in den dünn besiedelten Regionen zum Beispiel zur  
388 Erreichbarkeit von Dienstleistungen und zur Absicherung des Schülerverkehrs einsetzen.  
389 Hierfür werden wir der Situation angepasste, regional differenzierte Lösungen suchen. Wo es  
390 notwendig ist, sollen Busse und Bahn besser vernetzt, Bahnhöfe barrierefrei ausgebaut und  
391 optimale Umsteigebeziehungen geschaffen werden.

392

### 393 **Ausbau der digitalen Infrastruktur**

394 Brandenburg ist längst im digitalen Zeitalter angekommen. Digitale Informations- und  
395 Vermarktungstechniken prägen wirtschaftliche Abläufe, längst gehören sie zum Standard des  
396 individuellen Informationsaustausches. Ohne die Anbindung an eine moderne digitale  
397 Infrastruktur sind Wirtschaft, Dienstleistungssektor und Kommunikation undenkbar. Diese  
398 Anbindung wird aber auch im Bereich der individuellen Daseinsvorsorge, Lebensgestaltung  
399 und demokratischen Mitwirkung dringend benötigt. Daher werden wir dem Ausbau eines  
400 schnellen Breitbandnetzes auch in den ländlichen Regionen Brandenburgs sowie der  
401 Anbindung bisher nicht berücksichtigter Regionen an das Netz und dem Ausbau  
402 gebührenfreier W-LAN-Verbindungen in allen Städten und Landgemeinden unseres Landes  
403 Priorität einräumen. Ebenso werden wir uns für einen wirksamen Datenschutz sowie die  
404 Verbesserung der Medienbildung einsetzen.

405

406

## 407 **Ländliche Räume nachhaltig entwickeln**

408 Die Bewahrung des besonderen Naturreichtums des Landes Brandenburg als Basis für die  
409 Erhaltung der Lebensgrundlagen für künftige Generationen und für die Entwicklung eines  
410 naturnahen Tourismus ist eine Kernaufgabe linker Politik. Dazu gehört der Erhalt und die  
411 Weiterentwicklung des Systems der Großschutzgebiete als wichtige Grundlage für gesunde  
412 Lebensbedingungen und als besonderer landestypischer Wirtschaftsfaktor im Einzugsgebiet  
413 der Bundeshauptstadt Berlin. Der Erhalt der Artenvielfalt und die Umsetzung der  
414 Biodiversitätsstrategie sind uns ein wichtiges Anliegen. Wir treten für eine konsequente  
415 Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat- und Vogelschutzrichtlinie (Natura 2.000) und weiterer  
416 Rechtsvorgaben im Umweltbereich, wie der Wasserrahmenrichtlinie und dem  
417 Hochwasserschutz ein.

418 Die Energiewende ist für uns unumkehrbar. Wir treten für die weitere Förderung regenerativer  
419 Energien ein. Dabei setzen wir auf einen Mix aller verfügbaren regenerativen Energieformen,  
420 um eine Fehlentwicklung wie etwa beim übermäßigen Ausbau der Windenergie zu vermeiden.  
421 Die Weiterentwicklung der Speichertechnologien ist hierfür unerlässlich. Wir stehen zum  
422 schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung bis zum Jahr 2040. Neue  
423 Aufschlüsse von Tagebauen und den Bau eines neuen Braunkohlekraftwerkes im Land lehnen  
424 wir ab. Der Strukturwandel in der Lausitz, weg von der Braunkohle, wird von uns nachhaltig  
425 gefördert. Die geplante Abschaltung von zwei 500 MW Blöcken des Braunkohlekraftwerkes  
426 Jänschwalde bis 2018 begrüßen wir, auch wenn wir die damit verbundene Subventionierung  
427 ablehnen. Damit steht für uns der Einstieg in den Ausstieg der Braunkohleverstromung in der  
428 Lausitz fest. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass im Rahmen der Evaluierung der  
429 Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg geprüft wird, ob das begonnene  
430 Braunkohlenplanverfahren für den Tagebau Jänschwalde-Nord einzustellen ist. Die von uns  
431 angestrebte Einstellung des Braunkohleverfahrens schafft endlich Sicherheit für die  
432 Menschen, die in Kerkwitz, Atterwasch und Grabko leben. Die mit dem weiteren  
433 Strukturwandel verbundenen Herausforderungen in der Lausitz können nur gemeinsam gelöst  
434 werden: der Bund, die Länder Brandenburg und Sachsen und die regionalen Akteure aus  
435 Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft sind hierbei gleichermaßen gefordert. Der  
436 Bund muss dabei seiner finanziellen Verantwortung, wie beim Ausstieg aus der Steinkohle,  
437 gerecht werden. Auch die Weiterführung des Sanierungsbergbaus durch die LMBV und  
438 Vattenfall muss gewährleistet sein. Neben der auskömmlich gesicherten Finanzierung der  
439 Fortführung und Ausgestaltung des Braunkohlesanierungsabkommens ab 2017 müssen auch  
440 die Rückstellungen für Renaturierung und Sanierung, einschließlich des Wasserhaushaltes,  
441 der laufenden Tagebaue unabhängig vom Eigentümer werthaltig gesichert werden.  
442 Gemeinsam mit Sachsen und Sachsen-Anhalt wollen wir die ostdeutschen  
443 Braunkohlebergbauregionen bei der Europäischen Kommission in der nächsten EU-  
444 Strukturfondsperiode als von der Kohäsionspolitik besonders förderfähig anmelden.

445 Wir fördern die Entwicklung unserer ländlichen Räume als landwirtschaftliche  
446 Produktionsstätten im Sinne einer naturverträglichen und damit nachhaltigen Landnutzung  
447 sowie als attraktiver Lebensraum eines großen Teils der brandenburgischen Bevölkerung.  
448 Fehlentwicklungen wie z.B. großflächige Monokulturen ohne Fruchtwechsel, Landgrabbing  
449 und den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen lehnen wir ab. Wir treten für ein  
450 ausgewogenes Verhältnis von Tier- und Pflanzenproduktion ein. Es sollen nur so viele Tiere  
451 gehalten werden wie aus der Region selbst versorgt werden können. Weiterhin treten wir für  
452 eine nachhaltige Forstwirtschaft ein, dabei spielt die Fortführung des Waldumbaus weg von  
453 eintönigen Kiefernwäldern hin zu artenreichen Mischwäldern.

454 Wir fordern den weiteren Ausbau von Umweltbildungsmaßnahmen, sowie der Förderung von  
455 wald- und umweltpädagogischen Projekten, wie den ökologischen Freiwilligendiensten und  
456 anderer Einrichtungen wie z.B. Waldschulen. Brandenburg sollte sich gerade in diesen  
457 Bereichen spezialisieren, da es hier ein sehr hohes Potenzial an Einrichtungen und  
458 schützenswerten Orten gibt, die Mensch und Natur zusammenbringen können.

459

#### 460 **Gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung für alle**

461 Es ist ein vordringliches Anliegen unserer Politik, die Gesundheitsförderung und Prävention im  
462 Land Brandenburg zu stärken und sich für die Gesundheit der Brandenburgerinnen und  
463 Brandenburger einzusetzen. Gesundheitliche und pflegerische Versorgungsleistungen bilden  
464 eine zwingende Voraussetzung für ein Leben in Würde. Dazu brauchen wir einen  
465 leistungsfähigen öffentlichen Gesundheitsdienst mit engagierten Mitarbeiterinnen und  
466 Mitarbeiter sowie eine Gesundheitsversorgung, die Menschen in den Mittelpunkt rückt. In  
467 vielen ländlichen Regionen Brandenburgs fehlen Ärztinnen und Ärzte sowie weitergehende  
468 gesundheitliche Versorgungsangebote. Der Bund setzt zu wenig Anreize für den Ausbau der  
469 dringend benötigten hausärztlichen Versorgungsangebote.

470 Wettbewerb und Markt dürfen nicht die Qualität der Versorgung bestimmen. Die  
471 flächendeckende gesundheitliche Versorgung wollen wir durch die Entwicklung von  
472 sektorenübergreifenden Versorgungsmodellen sichern, die ab 2016 durch den bundesweiten  
473 Innovationsfonds in Höhe von jährlich 300 Mio. EUR finanziert werden. Darüber hinaus setzen  
474 wir uns dafür ein, dass die Bedarfsplanung für fachärztliche und hausärztliche Leistungen mit  
475 der Planung der Krankenhauskapazitäten aufeinander abgestimmt und mit allen Heilberufen  
476 koordiniert wird. Nach wie vor tritt die DIE LINKE für eine solidarische Bürgerversicherung ein.  
477 Das Einfrieren von Arbeitgeberbeiträgen muss schnellstens aufgehoben werden. Gute Pflege  
478 muss für alle bezahlbar sein.

479 Jeder Mensch soll selbst entscheiden können, ob er ambulante, teilstationäre oder stationäre  
480 Pflege bzw. Assistenzleistungen in Anspruch nehmen will. Wir unterstützen die Etablierung  
481 von lokalen Pflegestrukturen, die sich an den regionalen Bedürfnissen ausrichten. Pflege  
482 braucht Professionalität und darf nicht immer weiter in Familie und Ehrenamt verlagert  
483 werden. DIE LINKE unterstützt die Hochschulausbildung von Gesundheitsberufen als  
484 wichtigen Beitrag für die Sicherung einer hohen pflegerischen Qualität und des notwendigen  
485 Fachkräftebedarfs. Wir setzen uns für eine angemessene Entlohnung der Pflege- und  
486 medizinische Assistenzberufe ein und fordern gemeinsam mit Gewerkschaften und  
487 Sozialverbänden eine bundesgesetzlich geregelte auskömmliche Personalbemessung in allen  
488 Bereichen der Pflege.

489

### 490 **4. Demokratisierung und Solidarität**

#### 491 **Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stärken**

492 Die letzten Wahlen haben gezeigt, dass sich viele Menschen in Brandenburg von der Politik  
493 abwenden. Gleichzeitig gibt es immer mehr Menschen, die sich in einzelnen Bürgerinitiativen  
494 in wichtigen Einzelthemen engagieren. Diese Entwicklung nehmen wir ernst, die Menschen  
495 wollen ihr Umfeld gestalten und an Entscheidungen direkt und unvermittelt mitwirken. Wir  
496 setzen uns für eine politische Kultur ein, die von einem gezielten Miteinander von Politik,  
497 Verwaltung und Bürgerengagement sowie von einem Ausgleich der Interessen zwischen den  
498 Bürgern geprägt ist.

499 Wir werden weiterhin die direkte Demokratie im Land stärken. Wir fordern, dass  
500 Entscheidungen stärker vor Ort getroffen werden, dort wo sie herangereift sind, wo Überblick  
501 und Sachkompetenz der lokalen Verantwortlichen genutzt werden können. Wir setzen uns  
502 dafür ein, die Mitwirkung der Bürger durch eine möglichst effiziente Vorbereitung der  
503 Entscheidungen zu verbessern. Beim Ausgleich widerstreitender Bürgerinitiativen treten wir  
504 für die Stärkung der vermittelnden Instrumente ein.

505 Wir wollen Demokratie im Alltag. Dafür müssen wichtige Voraussetzungen geschaffen  
506 werden: ein verbesserter Informationszugang, mehr Transparenz von Politik und Verwaltung  
507 sowie die Vereinfachung von Volksbegehren. Wir wollen durchsetzen, dass Unterschriften  
508 dafür auch auf der Straße gesammelt werden können. Auf kommunaler Ebene wünschen wir  
509 uns mehr Freiraum für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Doch wir werden auch auf jene  
510 achten, die sich nicht lautstark artikulieren können. Wir möchten das Ehrenamt stärken und  
511 der demokratischen Mitwirkung der Brandenburger in Vereinen mehr Gewicht und eine  
512 größere Langfristigkeit geben. Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten  
513 sollen vollumfänglich anrechnungsfrei auf das Arbeitslosengeld I und II sein. Lebendige  
514 Demokratie braucht eine lebendige Öffentlichkeit. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk spielt  
515 dabei eine wichtige Rolle. Er muss auch in seiner inneren Organisation demokratisch und  
516 sozial verfasst sein, wenn er diese Rolle überzeugend wahrnehmen will.

517

### 518 **Eine Willkommens- und Integrationskultur schaffen**

519 Die Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen ist zu einem vordringlichen Ziel in  
520 unserem Land geworden. Dies muss überall ankommen. Jenen, die Ängste und Vorurteile  
521 haben, wollen wir Dialogpartnerin sein. Jenen, die Flüchtlingen helfen, sind wir aktive und  
522 verlässliche Unterstützerin. Denjenigen, die zu uns geflüchtet sind, werden wir Fürsprecherin,  
523 Helferin im täglichen Leben, Verteidigerin ihrer Interessen und Beschützerin sein, wenn es  
524 nötig ist. Besondere Schutzbedarfe werden wir berücksichtigen, z.B. bei geflüchteten Frauen.  
525 Diejenigen aber, die gegen Geflüchtete hetzen, die Vorurteile und Rassismus schüren, werden  
526 wir entschieden bekämpfen. Ihnen werden wir uns entgegen stellen, wo immer es nötig ist!  
527 Denn die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Flüchtlinge und Fluchtursachen wird  
528 entscheiden, wie weltoffen, tolerant und solidarisch Brandenburg ist.

529 Die Schaffung einer Willkommens- und Integrationskultur unterstützen wir auch durch unser  
530 parlamentarisches Handeln. Wir wollen die Integration der Flüchtlinge durch deren  
531 Unterbringung in Wohnungen und einen leichteren Arbeitsmarktzugang fördern. Die  
532 Kommunen unterstützen wir mit zielgerichteten Programmen zur Arbeitsmarktintegration und  
533 zur Förderung von Sprach- und Integrationskursen. Zur Integration gehört auch  
534 gesellschaftliche und politische Teilhabe, deshalb setzen wir uns weiterhin für die Stärkung  
535 der Flüchtlingsselforganisation und für das kommunale Wahlrecht für Ausländerinnen und  
536 Ausländer ein. Ehrenamtliche Arbeit in Willkommensinitiativen, in Vereinen und Verbänden  
537 der Flüchtlingsarbeit werden wir verlässlich fördern und mit Bildungsprogrammen flankieren.

538

539 *Lasst es uns klar aussprechen: In Brandenburg muss noch viel mehr drin sein! Wir wollen ein*  
540 *soziales, ein solidarisches, ein weltoffenes, ein gerechtes Land! Das haben wir den Menschen*  
541 *versprochen und darin besteht das Ziel unserer Regierungsbeteiligung! LINKE Politik will den*  
542 *sozialen Wandel in Brandenburg aktiv mitgestalten! Wir lassen uns nicht die Logik einer*  
543 *entfesselten Marktwirtschaft aufzwingen, weder global noch europäisch, weder national noch in*  
544 *Brandenburg: Konkurrenz und Profitstreben können nicht das Maß aller Dinge sein! Wir wollen*

545 *ein gutes Leben und eine sichere Zukunft, und zwar für alle! Soviel muss drin sein! Bildung,*  
546 *Arbeit und Daseinsvorsorge bilden die Schwerpunkte unseres Tuns. Dabei wollen wir unsere*  
547 *Ideen und Grundsätze wiederfinden und langfristig verankern. Dazu müssen wir wieder mutige*  
548 *Forderungen stellen. Wir müssen Lösungen finden, die sich an der Lebenswirklichkeit und an*  
549 *den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Wir laden alle Brandenburgerinnen und*  
550 *Brandenburger ein, mitzureden, eigene Ideen einzubringen, zu diskutieren, mitzugestalten. Wir*  
551 *wollen ernst machen, mit aktiver Bürgerbeteiligung und einer Willkommenskultur, die diesen*  
552 *Namen verdient! Und wir werden den Menschen in diesem Land ein aktiver und verlässlicher*  
553 *Partner sein!*